

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen des Anzeigers  
und des Anzeigers des Erzgebirges  
enthalten. - Erhältlich in allen  
Buchhandlungen. - Preis pro Stück  
1 Pf. - Abonnement 1/2 J. 10 Pf.

Angabenpostfach für den Anzeiger  
Postfach für den Anzeiger aus dem  
Anzeiger des Erzgebirges, aus  
dem Anzeiger des Erzgebirges,  
Anzeiger des Erzgebirges, aus  
dem Anzeiger des Erzgebirges.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 70

Sonnabend, den 22. März 1924

19. Jahrgang

### Die innen- und außenpolitische Bedeutung der Reichstagswahlen.

Von Dr. Fritz M. D. R.

Dass die bevorstehenden Reichstagswahlen von außerordentlicher Bedeutung sind, empfindet instinktiv das ganze deutsche Volk, aber über die Gründe hierfür gibt sich der Einzelne nur verhältnismäßig wenig Gedanken hin. Nur der aber vermag die richtige Einstellung zu der von ihm auszubildenden höchsten staatsbürgerlichen Pflicht zu gewinnen, der ein klares Urteil darüber hat, auf was es ankommt. Die Abgabe der Stimmzettel ist in einem demokratischen Staat etwas ganz anderes, als in dem Staat des früheren Systems. Damals war der Stimmzettel im Wesentlichen nur das Mittel, Kritik an der Politik und den Maßnahmen der Regierung und des letzten Reichstages zu üben. Das ist er heute auch noch, aber er ist darüber hinaus jetzt doch unendlich viel mehr. Er ist aktive und unmittelbare Teilnahme an der Staatsverantwortung. Der Reichstag, der gewählt wird, gebiert aus seinem Schoße heraus die künftige Reichsregierung und bestimmt damit Richtung und Inhalt der gesamten Reichspolitik. Die politische Richtung, die der Einzelne bei seiner Stimmabgabe wählt, soll nach seinem Willen also bestimmend für das Schicksal von Volk und Vaterland sein.

Eine einheitliche und geschlossene politische Willensbildung ist auch jetzt im deutschen Volke noch nicht zu erkennen, und selbst dort, wo eine gemeinsame Grundstimmung vorhanden ist, gehen ihre praktischen Auswirkungen oft diametral auseinander. Es ist nicht zu leugnen, daß eine tiefe nationale Sehnsucht durch das deutsche Volk geht, und dazu die heilige Sehnsucht, loszukommen von den Bedrückungen und Erniedrigungen, denen wir in den letzten 5 Jahren immer wieder von neuem ausgesetzt waren. Man könnte sich hierüber aufregend freuen, wenn nicht diese nationalen Kräfte so oft auch auf Irrwegen wandelten. Ein Blick auf den Hitlerprozeß in München genügt, um das zu erkennen. Selbst die, die einzelnen Personen dieses Spieles menschliche oder politische Sympathien entgegenbringen, werden sich doch sagen: so, wie es hier gemacht werden sollte, ist die Befreiung Deutschlands nicht denkbar. Mit vaterländisch stark aufgetragener, aber in ihren praktischen Zielen unklarer politischer Romantik kann man eine Zeitlang die Stimmung einzelner Volksteile in seinen Bann schlagen, aber niemals ein ganzes Volk zum Aufstieg führen. Hierzu gehört nicht nur die richtige Stimmung, sondern die richtige Gesinnung. Wahre nationale Gesinnung aber arbeitet nicht nur mit stimmungsmäßigen Momenten, sondern macht zur Grundlage ihres Handelns die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der politischen Vernunft auch dann, wenn die daraus sich ergebenden Maßnahmen stimmungsmäßig zunächst keine Resonanz finden. Und so stellen die bevorstehenden Reichstagswahlen das deutsche Volk und jeden Einzelnen von uns zunächst vor die entscheidende Frage, ob sie sich von den Stimmungen oder Mitstimmungen des Tages leiten oder ob sie sich zu den Erfordernissen der praktischen politischen Vernunft bekennen wollen. Rein stimmungsmäßige Politik führt immer zum politischen Radikalismus, realpolitische Vernunft aber zu abwägendem und besonnenem Handeln.

Die letzten Wahlen innerhalb Deutschlands haben einen besorgniserregenden Zug zum Radikalismus rechts und links offenbart. Radikalismus bedeutet notwendigstenfalls schärfsten Kampf im Innern und nach Außen; ein niedergeworfenes und sich politisch sowie wirtschaftlich mühsam vom Boden erhebendes Volk aber braucht Ruhe und Frieden. Die Hoffnung unserer außenpolitischen Gegner verpricht sich alles von einer Stärkung der radikalen politischen Strömungen. Nichts könnte dem französischen Chauvinismus willkommenere sein für die kurz nach dem 4. Mai stattfindenden französischen Wahlen, als eine rechtsradikale Entwicklung in Deutschland, die den nationalistischen Imperialismus in Frankreich aufs neue beleben müßte, und nichts würde für den russischen Bolschewismus eine stärkere Hoffnung bedeuten als eine Erstarung des deutschen Kommunismus. Alle diese Erwägungen sind so selbstverständlich, daß nur Kurzsichtigkeit und Verblendung an ihnen vorbegehen können.

Eine Politik der praktischen Vernunft ist nicht gleichbedeutend mit Passivität, mit Fatalismus oder mit Mittelmaßigkeit. Im Gegenteil: stärkste Aktivität und stärkste Ausnutzung der vorhandenen nationalen und wirtschaftlichen Energien ist für sie zwingendes Gebot, aber es gilt für sie, diese Kräfte in die richtige Pfeilrichtung zu bringen. Welches ist diese allein mögliche Pfeilrichtung? Stresemann hat sie in seiner letzten Rede mit denselben Worten gekennzeichnet, mit denen wir dies schon zu einer Zeit getan haben, als diese

Politik noch von politischen Richtungen bekämpft wurde die sie später an verantwortlicher Stelle selbst treiben mußten, mit den Worten: durch Opfer und Arbeit zur Freiheit! Das ist gewiß kein gleichwertiges Wort, und klingt anders als nationalistische Fanfare; aber es umschließt das nationale Gebot schlechthin und verlangt das höchste Wollen für Volk und Vaterland. Man hat das Wort von der Erfüllungspolitik geprägt. In sich ein unüberwindliches Wort. Niemand ist in Deutschland so fähig zu glauben, daß das von uns erfüllt werden könnte, was ein Gewaltakt von Versailles uns auferlegt hat, aber das war und bleibt für alle Zeiten ein ewiges und ehernes historisches Gesetz, daß ein Volk das durch einen verlorenen Krieg seine äußere und innere Freiheit verloren hat, sie niemals anders zurückgewinnen kann, als durch Opfer, und daß diese Opfer um so schwerer sind, je größer Rückschlag und Niederlage waren. Diese Erkenntnis ist schmerzhaft, aber sie bleibt Wahrheit und damit Ausgangspunkt des verantwortungsbewußten Handelns. Die Parteien, die bisher für die deutsche Politik verantwortlich waren, haben ausnahmslos nach diesem Grundgesetz handeln müssen, auch wenn sie vorher im Wahlkampf, der Stimmung ihrer Wähler oder derer, die sie als Wähler gewinnen wollten, Rechnung tragend, gegen eine solche Politik zu Felde zogen. Das Gesetz des Handelns wurde dabei vielfach distriert durch außenpolitischen Zwang.

In den letzten drei Jahren erst hat sich die volle Auswirkung unserer Niederlage gezeigt. Das Ultimatum von London, die Entscheidung über Ober- und Niederdeutschland in dieser Nachkriegszeit. Der Verlauf des Ruhrfeldzuges brachte die endgültige Vernichtung unserer Währung. Aber wie die Befreiung des Ruhrgebietes, die zu verhindern keine noch so geartete deutsche Regierung gegenüber dem französischen Bernichtungswillen die Macht gehabt hätte, den tiefsten Punkt in der über uns hereingebrochenen politischen und wirtschaftlichen Katastrophe bedeutet, so ist doch zu gleicher Zeit auch ein Wendepunkt in der außen- und innenpolitischen Lage zu erkennen. Die französische Brutalität äußert sich nunmehr auch gegenüber den alliierten Staaten ihre unheilvolle Wirkung. Und so sehen wir weder England noch Italien noch Amerika heute noch wie früher, willenlos im Klebwasser des französischen Imperialismus segeln, und die Erkenntnis von der Notwendigkeit im eigenen Interesse die Deutschland anzuwendenden Leistungen erträglich zu gestalten, hat erheblich an Boden gewonnen. Diese langsame und mühselig sich durchziehende Gesundung hätte durch eine Politik nationalistischer Heißhorne im Keime erstirbt werden müssen. Schon publiziert der „Temps“, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen in Deutschland einen Sieg der nationalistischen Kräfte bringen werde und zieht die Schlusfolgerung, daß „die deutschen Revancheveruche vor einem Angriffskrieg nicht zurücktreten werden“. Wenn das deutsche Volk will, daß es weiter politisch geknebelt und bedrückt wird, dann gibt es hierfür kein geeigneteres Mittel, als bei den Reichstagswahlen das vom „Temps“ prophezeite Ergebnis herbeizuführen. Der dann mit Notwendigkeit einsetzende verstärkte außenpolitische Druck würde auf die dürrtrockenen, aber doch deutlich erkennbaren Anfänge unserer Gesundung treffen. Es ist kein Zweifel: hier befinden uns in einer Gefundungsfrist. Viel Schlimmeres ist für den Einzelnen damit verbunden, aber es gibt ohne Opfer und Arbeit keinen Aufstieg und keine Freiheit. Wir müssen weiter unsere ganze Kraft dafür einsetzen, Ordnung in eigenen Hause zu schaffen.

Ein Reichstag und eine Reichsregierung, an deren Politik und Arbeit rechts- und linksradikale Strömungen herumjocieren. Können niemals Träger einer Gesundungsentwicklung sein. Radikalismus bringt immer neue Erschütterungen, das deutsche Volk aber braucht Konsolidierung, seiner Politik und Wirtschaft. Die Revolution hat manches aus dem Gleichgewicht geworfen: nicht in radikaler, sondern in organischer Entwicklung gilt es, die Grundlagen zu einem normalen Staats- und Volksleben wieder zu gewinnen. Das deutsche Volk hat es bei den Reichstagswahlen selbst in der Hand, für welches Schicksal es sich entscheiden will.

Neue Steuervorlagen in Sicht. Wie man erfährt, sind zur Ausgleichung des neuen Reichsteuers auf Goldmarkgrundlage im Reichsfinanzministerium neue Steuervorlagen in Vorbereitung. Die Ressortbesprechungen haben bereits begonnen. Da die Steuerforderungen dem neuen Reichstag sofort nach Eröffnung zugehen sollen. Von Interesse ist die Feststellung, daß für das Etatsjahr fast 40 Prozent der Kulturverwendungen, die noch für das letzte Budgetjahr das Reich bewilligt hatte, gestrichen werden mußten, da keine Mittel hierfür mehr vorhanden sind.

### Die Plaidoyers im Münchener Prozeß.

Der erste Staatsanwalt Stenglein.

Nachdem der Vorsitzende am gestrigen Freitag bekanntgegeben hatte, daß die Öffentlichkeit von den Plaidoyers nicht ausgeschlossen werden soll, begann der erste Staatsanwalt Stenglein sein Plaidoyer. Er schickte voraus, er enthalte sich jeder persönlichen Stellungnahme zu politischen Parteifragen und fuhr dann fort: Für die Ereignisse des 8. und 9. November und die zu diesen führenden Entwicklung freten uns vor allem zwei vom Standpunkt der vaterländischen Sache bedauerliche Entscheidungen entgegen, einmal die Herrlichkeit und Bestätigung der vaterländisch gesinnten Kreise. Die zweite schädliche Entscheidung sehe ich in der heißen und brennenden Ungebuld die in den nationalgesinnten Kreisen Platz gegriffen hat. Abgesehen davon, liegt die tiefe Wurzel der Geschehnisse in der Herrlichkeit der Staatsautorität. Die Weimarer Verfassung bildet die Grundlage des Reiches. Die Gegnerschaft gegen diese Verfassung darf niemals dazu führen, daß versucht wird, sie mit Gewalt zu ändern. Das, was im November 1918 geschah, war auch ein Verbrechen des Hochverrats, aber damals ist die neue Regierung in kurzer Zeit im ganzen Reich vollständig durchgedrungen, und damit ist der tatsächliche Zustand in einen rechtlichen umgewandelt worden. Die gleiche Strafbestimmung, die bisher im monarchischen System angewandt wurde, ist nunmehr in unverminderter Geltung auf die republikanische Staatsform übergegangen. Hitler hat recht, wenn er sagt, daß der Hochverrat das einzige Verbrechen ist, das nur dann bestraft wird, wenn es mißlingt. Dieser Grundsatz muß auf die Angeklagten angewendet werden. Ihre Tat ist nicht gelungen und unterliegt daher der Straflosigkeit.

Der Staatsanwalt erörtert dann das Problem Rahr-Vossio-Seifer. Die Frage, ob die drei Männer in strafbarer Weise sich an der Tat der Angeklagten beteiligt hätten, sei für die Schuldfrage belanglos. Im Ermittlungsverfahren sei selbstverständlich die Frage einer strafbaren Beteiligung der drei Männer gewissenhaft geprüft worden. Ein Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Anklage habe nicht bestanden. Im übrigen werde die neuerliche Prüfung der Strafbarkeit der drei Männer mit aller Gewissenhaftigkeit verfolgt.

Der Kampfband habe sich unter Führung Hitlers von Anfang an eine unabhängige Machtposition zu verschaffen gesucht. Dem sei nicht mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten worden. Der Kampfband sei infolge der Aktionstun seiner Mitglieder den Führern entfallen. Bei dem Verhalten von Rahr-Vossio-Seifer dürfe nicht vergessen werden, daß sie sich in einer fürchtbaren Zwangslage befanden und daß sie rücksichtslos in den Gewaltkreis hineingezogen wurden. Die drei Herren betrieben nach ihrer Darstellung auf Anregung norddeutscher Politiker die Absicht der Errichtung eines nationalen Reichsdirektoriums auf dem Wege der Reichsverfassung. Es stehe aber schon fest, daß seit Dezember 1923 der laut gewordene Ruf „Auf, nach Berlin!“ ohne Zutun der drei zu einem Kampfruf geworden war. Aus dieser Einstellung heraus seien alle Maßnahmen der drei, insofern sie nur einengen den äußeren Umständen hatten, zweifellos als Vorbereitung des Marsches nach Berlin gedeutet worden. Sicher aber sei, daß die Führer des Kampfbandes spätestens am 2. Oktober erkannten, daß die drei ein anderes Ziel verfolgten und für den Marsch nach Berlin nicht zu haben waren. Ein Direktorium Hitler-Ludendorff war nie zwischen den Angeklagten und den drei vereinbart worden. Man brauchte aber Rahr's Namen wegen seines Ansehens in der vaterländischen Presse und insbesondere in Norddeutschland. Deshalb wurde ihm auch Bühner als Ministerpräsident mit Diktatorvollmacht beigegeben. Damit sollte Rahr kaltgestellt werden. In der Befreiung am 6. November hätten die drei unzuliebe angebeutet, daß sie fest entschlossen seien, jeder gewaltsamen Umwälzung mit Waffengewalt zu begegnen. Hitler habe am 8. November schon vor erlangter Zustimmung der drei die nationale Revolution im Saale bekannt gemacht. Die freie Wille der drei spielte eine recht untergeordnete Rolle.

Für die Schuldfrage sei die Annahme der Mitbeteiligung der drei bedeutungslos, für die Strafbemessung werde sie eine Rolle zu spielen haben.

Der Staatsanwalt ging dann zu den einzelnen Angeklagten über, zunächst zu

Hitler, dessen Ehrlichkeit er rühmte. In seiner Demagogie liege die tragische Schuld. Er trage die Hauptverantwortung für die Geschehnisse. Hitler habe sich durch seine Tätigkeit des Verbrechens des Hochverrats

darf.  
men muß  
n. Schuld  
gestalt  
bedingungen  
kunft, d. h.  
von heute  
in ein ver  
müß jedoch  
n in ande  
schäft hin  
de Droste  
glich, wenn  
geeigneten

Einlaß Ihre  
Ihre 1917  
50 Morgen  
ng, daß er

t.  
ufen. Die  
den Dich  
50. Ge  
ris causa

25  
35  
60  
85  
95  
85

n.  
n  
ne zum  
teilung

ei  
t,  
man  
me  
S 113  
halt erl  
chens  
met  
gelebt  
S. 1120  
erbeten.

el  
on  
e  
Z

Teilnahme  
Bestandteil